

Schlechte Nachbarschaft

Auch **Portugal** hat die **Erneuerbaren-Förderung ausgesetzt**. Auf der iberischen Halbinsel herrscht Stillstand.

Text: Reiner Wandler

Harter Schlag für die Erneuerbaren-Branche in Portugal: Wie Wochen zuvor im benachbarten Spanien setzt auch die Regierung in Lissabon per Dekret „die Zuteilung von Einspeiserechten in das Öffentliche Stromnetz Portugals“ aus. Die Bestimmung betrifft alle Anlagen, die noch keine Baulizenz und Betriebsgenehmigung haben. „Das betrifft 2000 Megawatt (MW) Windkraft, 200 MW kleine Wasserkraftwerke und rund 1500 MW verschiedene andere Technologien“, erklärt der Vorsitzende des Dachverbands für erneuerbare Energien in Portugal (Apren), Antonio Sá da Costa. „Das Vorgehen der Regierung kann das Vertrauen der Investoren ein für alle Mal beschädigen“, warnt er.

Die konservative Regierung unter Ministerpräsident Pedro Passos Coelho argumentiert so: Man wolle mit der Maßnahme Raum schaffen, um, wie gegenüber der Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission versprochen, das Stromsystem als solches zu reformieren und kosteneffizienter zu machen. Passenderweise wurde das Dekret am 6. Februar, kurz vor dem zweiten Kontrollbesuch der Troika, verkün-

det. Das hochverschuldete Portugal steht seit April 2011 unter dem EU-Rettungsschirm.

In Lissabon wiederholt sich die aus Madrid bekannte Geschichte (siehe Seite 94): Im Strommarkt ist ein Defizit entstanden. Ähnlich wie in Spanien verordnete die Regierung in den 2000er Jahren, den Strompreis nicht weiter als die Inflationsrate ansteigen zu lassen. Eventuelle Mehrkosten sollten auf die kommenden 15 Jahre umgelegt werden. Bis 2008 ging das gut. Dann explodierte der Ölpreis und die Schere zwischen den realen Kosten der Stromerzeugung und dem Verbraucherpreis ging immer weiter auf. Ende 2010 war bereits ein Defizit von rund 1,8 Milliarden Euro aufgelaufen.

„Ähnlich wie in Spanien kann das Problem des portugiesischen Stromsystems nicht durch eine Kürzung der Einkommen der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen gelöst werden“, heißt es in einem Brief an EU-Energiekommissar Günther Oettinger, mit dem der Europäische Verband für Erneuerbare Energien (EREF) sich hinter Apren stellt. „Ich glaube, dass gerade die erneuerbaren Energien einen gu-

ten Weg aus der Krise darstellen“, mahnt Sá da Costa. Es sei eine der wenigen Branchen im Land, die Arbeitsplätze schaffe. Einnahmen und Gewinne würden in Portugal verbleiben, das Außenhandelsdefizit verringert. „Wenn die Weltwirtschaft wieder anzieht, sind wir bestens darauf vorbereitet. Denn in naher Zukunft werden wir billigeren Strom haben, unabhängig davon, wie sich die Preise für fossile Brennstoffe entwickeln“, sagt der Apren-Vorsitzende. Sein Verband hatte bereits 2011 Vorschläge zur Bewältigung der Krise gemacht. Die Branche sei bereit drei Jahre lang eine Kürzung der Einspeisevergütung hinzunehmen, wenn der Gesamtbezugszeitraum erhöht würde.

Wie sich die Regierung eine Reform des Marktes vorstellt, weiß im Augenblick keiner zu sagen. Eine der Reformideen, die aus Regierungskreisen durchsickerte, macht aber die generelle Richtung deutlich: Eine 15-prozentige Sondersteuer sollten die Produzenten von Erneuerbaren-Strom zahlen. Dies, so Apren, würde viele der geplanten Projekte unwägbarmachen.

Andere Pläne der konservativen Regierung sind brisanter. Portugal hat sich gegenüber der EU verpflichtet, bis 2020 einen Erneuerbaren-Anteil von 31 Prozent am Endenergieverbrauch zu erreichen. Nun ist eine Änderung des in Brüssel eingereichten Nationalen Aktionsplans angedacht, selbst eine Verringerung des Gesamtziels scheint kein Tabu mehr. Das wäre ein Präzedenzfall. Die Ziele in der Erneuerbaren-Richtlinie sind für jeden Mitgliedsstaat verbindlich. Ein Verfehlen hätte Sanktionen aus Brüssel zur Folge. „Die Krise würde eine Anpassung der Ziele – im Konsens mit allen Beteiligten – rechtfertigen, eine Aussetzung jedoch nicht“, erklärt Apren-Chef Sá da Costa. ◀

Ziele bislang übererfüllt

2011 erzeugte Portugal 46,8 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Quellen. Alleine die Windkraft liefert 17,6 Prozent des Bedarfs. Gemäß dem Nationalen Aktionsplan waren für 2011 nur 44,2 Prozent geplant. Im Jahr 2020 soll es 55,3 Prozent Strombeitrag aus Erneuerbaren geben, im Wärmemarkt sollen sie 30,6 Prozent und im Verkehr 10,0 Prozent der Energie liefern.

In Portugal waren zum Jahreswechsel 4083 Megawatt (MW) Windleistung installiert. 377 MW kamen allein im Laufe des Jahres 2011 neu hinzu. Anders als beim Nachbarn Spanien, wo die Neuinstallationen gegenüber 2010 um knapp 30 Prozent zurückgingen, hat die portugiesische Branche damit ein gutes Ergebnis erzielt. Denn das ist mehr als das Doppelte dessen, was 2010 errichtet wurde.